

Der Ausschussvorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Ludgera Decking und Herrn Meinolf Hein von der RSAG und übergab da Wort an die Verwaltung.

Herr Gleß erklärte, die Gäste seien mittlerweile Dauergäste in diesem Ausschuss, was aber auch seinen guten Grund habe. Man habe den städtebaulichen Rahmenplan durch diesen Ausschuss passieren lassen, der gemeinsam durch die Stadt, der RSAG und der Kreisverwaltung erarbeitet worden ist. Jetzt geht es darum, einzelne Komponenten aus dem Plan auch umzusetzen und ein Projekt ist eben der Umbau des Kompostwerkes. Gem. des Friedensvertrages ist es erforderlich, dass derartige Konzepte und Pläne hier vorgestellt werden bevor sie umgesetzt werden. Dankenswerter Weise, wird das Projekt auch nochmal durch die RSAG vorgestellt und deshalb übergebe ich das Wort.

Es folgt die Vorstellung der RSAG (Vortrag im Anhang)

Herr Knülle bedankte sich für den Vortrag und gab den TOP zur Diskussion frei.

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) bedankte sich für die gute Präsentation und erklärte, dass sich für die CDU-Fraktion folgende Fragen stellen würden.

In der Sitzungsvorlage würde stehen, dass man jetzt doch im Zweischichtsystem arbeiten wolle. Impliziert das dann Öffnungszeiten von 06:00 Uhr bis 22:00 Uhr und was bedeutet das für den Anlieferverkehr bzw. konkret für die Belastung der Bürger in Niederpleis und Buisdorf?

Alles andere geht ja entsprechend dem Genehmigungsverfahren und da geht man davon aus, dass das natürlich alles unschädlich ist aber die Zufahrtswege bleiben so in der Anlage, man habe zumindest nichts gelesen, dass sich da was ändert. Das wäre die eine Frage.

Die andere Frage betrifft das Explosionsschutzkonzept, welches ja mit unserer Feuerwehr abgestimmt wird. Was impliziert dieses Explosionsschutzgesetz? Heißt das, wir kommen mit unserer Ausrüstung, die die Feuerwehr zurzeit hat, zurecht oder impliziert das, dass unter Umständen aufgrund einer anderen Gefahrenlage ein anderes Equipment notwendig ist.

Eben wurde gesagt, weitgehend eingehaust. Was ist denn nicht eingehaust?

Herr Nettesheim (SPD-Fraktion) bedankte sich auch für den Vortrag, durch den schon viele Fragen beantwortet wurden.

Aus der Sitzungsvorlage geht hervor, dass sich die Emissionswerte geringfügig geändert haben, die durch neue Staub- und Geruchsgutachten neu bewertet werden müssten. Sind diese Gutachten schon gemacht bzw. welche Auswirkungen habe man zu erwarten?

Verändert sich dadurch die Mitarbeiteranzahl bzw. werden neue Arbeitsplätze geschaffen?

Herr Schütze (FDP-Fraktion) sagte, 80% der Fahrzeuge sollen mit Biogas betrieben werden. Entspricht das der Menge des Gases die hergestellt werden soll oder sind "nur" 80% der Fahrzeuge in der Lage umgerüstet zu werden, so dass noch Gas übrig bleibt was man auf den Markt geben könnte.

Herr Hein (RSAG) erklärte, der Zweischichtbetrieb kommt dadurch zustande, weil die

Anlage permanent betreut werden muss. Das heißt nicht, dass der Güterverkehr andere Zeiten bekommt. Es könnte sein, dass Fragen kommen, ob man nicht mal bis 18:00 Uhr geöffnet haben könnte oder ob man auch mal Samstag offen hat aber man geht davon aus, dass die Öffnungszeit weiterhin bis 17:00 Uhr wäre. Die Sammelfahrzeuge haben ihre Touren und die sind bis maximal 17:00 Uhr alle durch.

Man werde keinen deutlichen Zuwachs an Mitarbeiterzahlen haben. Vieles wird automatisiert werden aber die Qualifikation der Mitarbeiter wird deutlich steigen.

Wer mit Gas arbeitet, braucht ein Explosionsschutzkonzept und das wird selbstverständlich mit der Feuerwehr abgestimmt. Dort wird durchgespielt, welche Szenarien auf wen zukommen könnten und wie müsste man darauf reagieren.

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) erklärte, man sei ja noch ganz früh im Prozess und da ist es verständlich, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich ist, alle Details bezüglich der Feuerwehr und des Explosionsschutzkonzeptes zu kennen. Damit und auch mit den Staub- und Geruchsgutachten werde man sich noch im Laufe des Prozesses beschäftigen.

Beim Bauschutt gehe man geplant von 9.000 auf 15.000, bedeutet das dann auch gewerblich abgelagerter Bauschutt? Womit muss man da rechnen bei der Zunahme des Lieferverkehrs. Das ist ein sehr wichtiges Thema was man bestimmt in den nächsten Sitzungen noch thematisieren wird.

Herr Hein (RSAG) sagte, dass es so sein wird, dass der Bauschutt hauptsächlich in die Mineralstoffdeponie geht. Der Lieferverkehr wird auf den neugebauten Kleinanlieferplatz umgeschichtet, das heißt, wir verschieben nur die Menge. Die Hauptmenge wird von Kleinanlieferern angeliefert und man strebt nicht an, im großen Stil Gewerbetreibende anzulocken. Allerdings muss man seiner Entsorgungspflicht nachkommen.

Herr Hein zeigte auf einer bildlichen Darstellung, welche Bereiche eingehaust sind, bzw. welche Bereiche offen sind.

Man ist ja noch sehr früh im Prozess und die Gutachten werden jetzt relativ zeitnah beauftragt und anschließend gibt es die Erkenntnisse bezogen auf die Frage.

Die Anlage ist so ausgelegt, dass man die maximale Kapazität auf das Baufeld bekommt. Mit dem erlangten Gasanteil wird versucht möglichst viele Fahrzeuge betreiben zu können. In einem weiteren Werk besteht auch die Möglichkeit Gas zu erzeugen, dann würde eine Überproduktion bestehen welche man an den Markt bringen könnte.

Herr Kourkoulos (SPD-Fraktion) hat eine Frage zum Thema Bauschutt. Es gibt eine Firma in der Nähe, die den Bauschutt von privat aufkauft, diesen recycelt und wieder verkauft. Warum macht die RSAG dies nicht auch?

Herr Köhler (Aufbruch!) stellt sich die Frage nach den Emissionen. Bisher habe man mit zwei gerechnet, nämlich mit Lärm und Geruch. Der Geruch ist ja in letzter Zeit schon durch neue Technik verschwunden aber mit Lärm muss ja gerechnet werden und da sind die Betriebszeiten der Anlage und die Lieferzeiten ein Thema. Die Anlage selber soll ja was die Verarbeitung der Abfälle betrifft, werktags bis 22:00 Uhr arbeiten.

Wieviel Lärm geht von dem laufenden Betrieb aus?

Eben habe man von Anlieferungen bis 17:00 Uhr gesprochen, in der Vorlage steht eine

Anlieferung bis 18:00 Uhr. Beziehen sich die 17:00 Uhr nur auf die private Anlieferung und die 18:00 Uhr auf die Fahrzeuge der RSAG oder gibt es da eine Diskrepanz zwischen Vorlage und ihrer Äußerung?

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) sagte, ihnen ginge es auch um einen Vergleich der Betriebszeiten "neu" zu Betriebszeiten "alt"

Herr Hein (RSAG) zeigte ein Bild der Mineralstoffdeponie. Der Berg wächst immer weiter an und bald ist der Endzustand erreicht. Im letzten Ausschuss habe er das Projekt Deponie auf Deponie vorgestellt und da ist es Bestandteil des Nutzungskonzeptes, dass man diesen Teil (Bildausschnitt) noch für die weitere Deponierung nutzen könne. Das verschaffe eine Entsorgungssicherheit für die nächsten 15 bis 20 Jahre. Bezogen auf das Recycling sei gesagt, dass was bei uns ankommt sind nur noch die Reste. Beim Nachbarn kommt der gute Beton an. Wir versuchen zum Teil noch gutes Material zu isolieren, was bei Bauschutt gar nicht so einfach ist. Gleichwohl strebe man das an.

Zu den Anlieferzeiten an sich, man denkt durchaus darüber nach, auch bis 18:00 Uhr zu öffnen. Da kommt der Privatkunde, die Dienstfahrzeuge sind in der Regel um 17:00 Uhr alle durch.

Beim Lärm war man bisher tagsüber 19 Dezibel unter den erlaubten 60 Dezibel inklusive des Anlieferverkehrs. Nachts war man sogar 40 Dezibel drunter.

Bei den Werten war man so deutlich unter dem was erlaubt ist, dass das herausstellen des Lieferverkehrs eigentlich irrelevant ist. Was hier mehr prägt, ist eigentlich der Autobahnverkehr.

Herr Günther (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob sich durch die Erneuerung irgendwelche positiven oder negativen Auswirkungen auf die Gebühren ergeben werden.

Herr Puffe (CDU-Fraktion) sagte, die entscheidende Frage bezüglich des Lärms ist, wie verhält der sich, wenn die Anlage wirklich bis 22:00 Uhr betrieben und dort geschreddert wird. Was kann da in den Abendstunden an Lärm auf die Nachbarschaft zukommen.

Herr Hein (RSAG) erklärte, wenn wir nachts 40 Dezibel drunter liegen heißt das, dass der Lieferverkehr bereits raus ist und nur der reine Betriebslärm anfällt. Es geht deutlich nach unten. Was kommen wird ist ein Schallgutachten, was das alles auch nochmal belegen wird. Es gibt ja die technische Anleitung Lärm und wenn die nicht eingehalten wird, bekommt man ja auch keine Genehmigung.

Das Werk ist so konzipiert, deshalb ist es ja auch was größer geworden, dass man steigende Kosten besser abfangen kann. Die Hoffnung ist, dass man plus minus null hinkommen wird. Das alte Werk macht momentan etwas Bauchschmerzen was die Wartung und die Reparaturen angeht und das wird mit dem neuen Werk deutlich geringer werden aber dafür muss man dann auch erstmal ordentlich investieren.

Der Ausschussvorsitzende bedankte sich bei den Gästen und machte den Vorschlag, dass wir in dem Beschlussvorschlag das Wort zustimmend streichen und den Bericht zur Kenntnis genommen haben.

